

Werdenberger & Dbertoggenburger

Mittwoch, 29. März 2023

Bis in die Nacht Anträge behandelt

An der überaus gut besuchten Bürgerversammlung der Politischen Gemeinde Sennwald gab es viel zu diskutieren.

Corinne Hanselmann

Salez Zum Glück steht im Neubau des Landwirtschaftlichen Zentrums ein deutlich grösserer Raum zur Verfügung, als dies bei den Bürgerversammlungen bis 2019 der Fall war. Sonst hätten die 430 Stimmberechtigten (rund 13 Prozent der Stimmbewölkerung), die am Montagabend erschienen sind, kaum Platz gefunden.

Es gab grossen Diskussionsbedarf zu verschiedenen Themen. Etliche Anträge wurden gestellt, diskutiert, teilweise wieder zurückgezogen, angenommen oder abgelehnt. Die Versammlung dauerte dreieinhalb Stunden. Erst kurz vor Mitternacht konnte Gemeindepräsident Bertrand Hug zum Apéro einladen. Nachdem die Stimmbürgerschaft der Gemeinde Sennwald in den vergangenen drei Jahren jeweils an der Urne der Rechnung und dem Budget zustimmte, leitete Hug, der seit 2020 im Amt ist, erstmals eine Bürgerversammlung.

Schulratspräsidentin Laila Roduner führte aus, warum das Schulbudget 2023 gegenüber der Rechnung 2022 höher ausfällt. Sie kam auch auf das Schulführungsmodell mit Gesamtschulleitung zu sprechen, das auf das laufende Schuljahr hin eingeführt wurde. Die Gesamtschulleiterin hat nach wenigen Monaten gekündigt, derzeit ist die Stelle vakant. Laila Roduner gab bekannt, dass ab kommenden Sommer Oberstufenlehrer Michael Litscher, der bereits Teamleiter ist, die Gesamtschulleitung übernimmt.

Rat stellt sich hinter das gewählte Vorgehen

Anschliessend erläuterte Bertrand Hug das positive Rechnungsergebnis 2022, das gegenüber dem Budget um rund 7,78 Mio. Franken besser ausfiel.

Eine Bürgerin meldete sich zu Wort. Im Zusammenhang mit der Strafanzeige der Gemeinde Sennwald gegen den ehemaligen Gemeinderat Christoph Tinner (W&O vom 18. März) stellte sie den Antrag, für Anwaltshonorare und allfällige Prozessentschädigungen eine Rückstellung über 100 000 Franken in die Bilanz per 31. Dezember 2022 aufzunehmen.

Sie stellte dem Gemeinderat zudem die Frage, ob es für die Strafanzeige einen Gemeinderatsbeschluss gegeben hat. Hug betonte erneut, dass er sich zum laufenden Verfahren nicht äussert. Die Bürgerin richtete daraufhin die Frage an die GPK, «weil die Frage, ob ein Gemeinderatsbeschluss besteht oder nicht, nichts mit dem laufenden Verfahren zu tun hat, sondern mit der Legitimation». GPK-Präsident Hansjakob Bohl antwortete, dass die GPK Ende November 2022 erstmals von diesem Strafverfahren erfahren habe, jedoch nicht vom Gemeinderat. «Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, können



Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler hatten viel zu tun.

Bild: Corinne Hanselmann

Standortfrage soll an die Urne

Salez Zu reden gab einmal mehr die geplante Doppelmehrzweckhalle Türggenu. Seit Februar drohen Anwohner mit Einsprachen, wenn die Halle nördlich des Schulhauses auf dem Rasenplatz geplant werden sollte. Daraufhin hat sich Gemeinderat Norbert Tinner vertieft mit der Standortfrage auseinandergesetzt.

Aus strategischen Überlegungen habe der Gemeinderat ursprünglich nicht auf der rund 17 000 Quadratmeter grossen Reserveparzelle südlich des Schulhauses planen wollen, um sich für allfällige Schulraumerweiterungen oder Sportanlagen

nichts zu verbauen. Weitere Abklärungen hätten nun ergeben, dass eine künftige Schulraumentwicklung auch im Bereich des Rasenplatzes nördlich des Schulhauses möglich wäre. Aufgrund dieser Analyse habe man entschieden, die Parzelle im Süden freizugeben und die Planung einer Doppelmehrzweckhalle zu forcieren, so Norbert Tinner. Als nächster Schritt sei nun die Bildung der Projektgruppe geplant, damit zeitnah Lösungen präsentiert werden können.

Zwei Bürger zeigten sich überrascht, dass der Gemeinderat plötzlich wieder einen ande-

ren Standort vorschlage und «wegen 20 oder 30 Anwohnern einschwenkt», nachdem er sich eigentlich für den Standort nördlich des Schulhauses ausgesprochen hatte. Die Standortfrage sei zentral. Ein Bürger schlug vor, die Standortfrage im Rahmen des Projektwettbewerbs den Fachplanern zu überlassen.

Nach den verschiedenen Voten wurde dem Antrag zugestimmt, die Stimmbürgerschaft an der Urne darüber abstimmen zu lassen, an welchem Standort die Halle gebaut werden soll und ob eine Doppelhalle des kleineren oder des grösseren Typs geplant werden soll. (ch)

und wollen wir uns zu diesem Punkt nicht äussern», so Bohl.

Die Vizepräsidentin des Gemeinderats, Susi Domenig, sagte: «Der Gemeinderat unterstützt geschlossen das gewählte Vorgehen. Alles Weitere ist die Aufgabe der mit der Sache befassten Behörde.»

Auf Bitte des Gemeindepräsidenten gab Finanzverwalter Reto Hermann Auskunft zum Thema Rückstellungen. Zum Zeitpunkt des Rechnungsabschlusses habe man noch keinerlei Angaben und Fakten gehabt betreffend Kosten, die durch das Strafverfahren auf die Gemeinde zukommen könnten, so der Finanzverwalter. «Ich denke, es ist verfrüht, dieses Thema jetzt genauer zu betrachten.» Das Verfahren werde wohl längere Zeit in Anspruch nehmen. Wenn es so weit komme, dass Verfahrenskosten in grösserem Umfang entstehen, könne man dies beim Rechnungsabschluss 2023 prüfen. Im Budget sei zudem immer pauschal ein

Betrag vorgesehen für Kosten, die durch Gerichtsverfahren entstehen können, so Hermann.

Die Bürgerin zog daraufhin ihren Antrag für eine Rückstellung zurück. Die Rechnung 2022 wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

«Bubentrickli» bei Werkhof-Investitionen?

Weil der Gemeinderat in naher Zukunft keine Veränderung der guten finanziellen Situation befürchtet, hat er optimistischer budgetiert und eine Steuerfussenkung um 8 Prozent auf neu 75 Prozent beantragt. Trotzdem gab das Budget viel zu reden.

Ein Bürger kritisierte, dass es beim Werkhof seit 2020 massive Mehrkosten gegeben habe. «Wenn ich die geplanten und bisherigen Anschaffungen anschau, habe ich das Gefühl, dass man mit der grossen Kelle anrührt.» Er nannte als Beispiel die Anschaffung eines Schilttrac-Kommunalfahrzeugs. Mit «Bubentrickli» habe man das

get für die Erweiterung des erst 2021 eingeweihten Werkhofs in Frümisen vorgesehen war. Eine Waschbox für Fahrzeuge, die auch durch die Feuerwehr hätte genutzt werden sollen, war vorgesehen. Der Antrag, auf den Bau dieser Waschbox zu verzichten, wurde angenommen.

Ein Bürger stellte den Antrag, den Budgetposten Vorstudie ARA-Anschluss Oberriet/Rüthi im Umfang von 468 000 Franken zu streichen. Die Sennwalder ARA sei noch nicht so alt. Ein anderer Bürger konterte, dieses Vorprojekt sei richtig und weitsichtig. Der Antrag wurde deutlich abgelehnt. Sennwald wird sich also an der Vorstudie beteiligen, in der Zusammenschlussvarianten mit Zeithorizont 2050 geprüft werden.

Einen weiteren Antrag gab es zum Budgetpunkt Strassen, Brücken und Plätze. Dem Antragsteller erschienen die geplanten Strassensanierungen bei Quartierstrassen etc. als zu umfangreich. Er stellte den Antrag, den Betrag von rund 2,4 Mio. Franken um eine halbe Million zu kürzen. Die Bürgerschaft lehnte jedoch deutlich ab.

Um 23 Uhr war die Bürgerversammlung endlich bei der Abstimmung über das Budget angelangt. Dieses wurde, nach der Bereinigung der Zahlen aufgrund der angenommenen Anträge, gutgeheissen. Es gab wenige Gegenstimmen. Angenommen ist somit auch die Senkung des Steuerfusses auf 75 Prozent.

Dem Kabelnetzverkauf zugestimmt

Auf der Traktandenliste folgte der Punkt «Gutachten und Anträge». Der Gemeinderat stellt die Anträge, dem Verkauf des Kabelnetzes vom Zweckverband SpeedNet Sennwald (SNS) an die Elektrizitätswerk Sennwald Genossenschaft zum Preis von 1 865 000 Franken und der Auflösung des Zweckverbandes per Ende 2023 zuzustimmen. Die Stimmbürgerschaft stimmte zu.

Die pensionierte ehemalige Schulleiterin der Primarschuleinheit Frümisen-Salez, Eveline Solenthaler, hatte im Vorfeld der Versammlung schriftlich einen Antrag eingereicht. Sie fordert, dass der Gemeinderat das Geschäftsleitungsmodell als alternatives Führungsmodell der Schulen Sennwald inhaltlich, organisatorisch, reglementarisch und finanziell prüfen und spätestens an der Bürgerversammlung 2024 Bericht erstatten soll. Laila Roduner entgegnete, dass man vor der Einführung der Gesamtschulleitung verschiedene Modelle geprüft habe. Der Antrag von Eveline Solenthaler wurde knapp angenommen. Die Gemeinde wird die Alternative also prüfen müssen.

Bachab geschickt wurde der Antrag eines Bürgers, künftig jeweils im Herbst eine Budget-Bürgerversammlung durchzuführen, wie das beispielsweise die Stadt Buchs oder die Gemeinde Sevelen macht.

43-Jähriger bei Kollision leicht verletzt

Salez Am Montagabend, um 17.10 Uhr, hat sich auf der Staatsstrasse ein Unfall mit zwei Autos ereignet. Ein 43-jähriger Mann wurde dabei leicht verletzt.

Ein 34-jähriger Mann fuhr mit seinem Auto von Sennwald in Richtung Salez. Er beabsichtigte in die Hofstrasse abzubiegen, wie die Kantonspolizei St.Gallen in ihrer Mitteilung schrieb. Zur gleichen Zeit war ein 43-jähriger Mann mit seinem Auto in die entgegengesetzte Richtung unterwegs. Bei der Verzweigung Hofstrasse kam es zur Kollision der beiden Autos. Der 43-Jährige wurde durch den Aufprall leicht verletzt, wie die Polizei weiter mitteilte. Er wurde durch den Rettungsdienst betreut. Es entstand Sachschaden im Wert von rund 40 000 Franken. (wo)



Beim Unfall entstand Sachschaden von rund 40 000 Franken.

Bild: Kapo SG

Leserbrief

Wer Verbrechen in Kauf nimmt

«Waffen, um Leben zu retten?», Ausgabe vom 28. März

Wenn Zeugen Jehovas Frieden und Waffenlosigkeit auch in der Ukraine fördern, sei ihnen das unbenommen. Wenn jugendliche Schwärmer im pazifistischen Idealismus baden – wie wir weiland in den 70er-Jahren – dann mögen wir das mit nachsichtigem Lächeln tolerieren. Wenn aber ältere Personen bar jeder historischen Logik einer Pax Romana oder in diesem Fall wohl Pax Russiana das Wort reden, wird es unerträglich.

Der Botschafter des verbrecherischen Kreaml hat die «Kriegsrausch»-Aussage von Berset ausdrücklich gutgeheissen und fühlt sich selbstredend unterstützt von all den Friedensschwärmern. Zudem hat Herr Sutter einen seltsamen Wissensvorsprung. Für ihn ist der «überaus konstruktive, ausgewogene (...) Friedensplan Chinas» bekannt. Schade, dass er ihn nicht erläutert.

Welche Teile der Ukraine sollen denn Putin überlassen werden? Was? Keine? Ja so, in dem Fall prima. Ansonsten nehmen Herr Sutter Butscha und Kramatorsk in Kauf. Wer Verbrecher unterstützt, wird selber zu einem Verbrecher.

Johannes Hugentobler, Pradaweg 8, 9479 Oberschan